

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns skizziert
Erwartungen an das Treffen
Kohl-Honecker: Friedens-
politik zum Hauptthema
machen.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB erläu-
tert den Auftrag der Sozial-
politik: Den gesellschaftli-
chen Reichtum nutzen, um
den Schwächeren zu helfen.

Seite 4

42. Jahrgang / 132

16. Juli 1987

Friedenspolitik zum Hauptthema machen

Erwartungen an das Treffen Kohl-Honecker

Von Dr. Wilhelm Bruns

Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nachdem der Termin des Besuches des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in der Bundesrepublik Deutschland feststeht, wird sich nun das Interesse auf die Frage konzentrieren, worüber Bundeskanzler Kohl und Erich Honecker sprechen (verhandeln) sollen und was das Ergebnis dieses ersten Besuches eines Staatsratsvorsitzenden der DDR in der Bundesrepublik sein soll.

Es dürfte nicht schwierig sein, eine deutsch-deutsche Tagesordnung zu entwickeln. Schwieriger wird es schon, die einzelnen Themen zu gewichten und festzustellen, was die beiden deutschen Staaten voranbringen wollen. Aber auch dies dürfte nicht allzu schwierig sein, denn neben den klassischen deutsch-landpolitischen Themen - Reiseverkehr, Umweltschutz, Familienzusammenführung, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, ökonomische Kooperation und ähnliches - gibt es eine friedenspolitische Aufgabe beider deutscher Staaten.

Auffallend an den ersten Kommentaren aus dem Regierungslager, insbesondere von Seiten der CDU und der CSU war das Weglassen der sicherheits- beziehungsweise friedenspolitischen Komponente des Besuches. Dazu ist zu sagen: Bei aller Wichtigkeit eines Wissenschaftsabkommens oder eines Abkommens über Konsultation über Kernkraftwerke oder eines Rahmenabkommens über Umweltschutz - deshalb wird Erich Honecker nicht in die Bundesrepublik kommen (können). Zugespitzt formuliert: Ohne die sicherheitspolitische Komponente geht es nicht! Dies gilt für die Vorbereitungen, wie für die Gespräche selbst. Es ist undenkbar, daß in dem vorbereiteten Kommuniqué keine konkreten Aussagen zur sicherheits- und friedenspolitischen Verantwortung beider deutscher Staaten gemacht werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
recycling paper



Jenen, die sich immer noch gegen eine sicherheitspolitische Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen wenden, ist zunächst der Artikel 5 des Grundlagenvertrages, der Basis deutsch-deutscher Beziehungen in Erinnerung zu rufen. Danach haben sich die beiden deutschen Staaten verpflichtet, „friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten (zu) fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei(zu)tragen. Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen“. Die beiden deutschen Staaten haben sich darüber hinaus in einer Konsultationsvereinbarung verpflichtet, „sich im Zuge der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen von beiderseitigem Interesse, insbesondere über solche, die für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung sind, zu konsultieren“.

Wenn diese Regierung behauptet, sie gestalte ihre Beziehungen zur DDR auf der Basis des Grundlagenvertrages und der sicherheitspolitischen Konsultationsvereinbarung, dann ist es unverständlich, daß sie sorgsam bemüht ist, die Sicherheitspolitik aus den deutsch-deutschen Beziehungen herauszuhalten. Die „Angst“ vor der Sicherheitspolitik ist auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil zu dem normativem Anknüpfungspunkt (siehe oben) die zunehmende Bedeutung kommt, die die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen haben. Ganz abgesehen davon, daß das Territorium der beiden deutschen Staaten eine Dichte von militärischem Gerät hat wie sonst nirgendwo auf der Welt. Im übrigen sitzen beide deutsche Staaten an einer Reihe von Tischen, wo über Abrüstung gesprochen wird, etwa in der Genfer Abrüstungskonferenz oder in der Wiener MBFR-Konferenz oder bei der Stockholmer KVAE. Das heißt beide deutsche Staaten sind nicht nur betroffen, sondern sie sind auch Beteiligte an den Rüstungsbegrenzungskonferenzen.

Die beiden deutschen Regierungschefs Kohl und Honecker stehen bei ihrem Treffen in Bonn vor der Aufgabe, gemeinsame deutsche Interessen und die europäische Verantwortung beider deutscher Staaten zu verbinden - in voller Loyalität in ihren und zu ihren Bündnissen. Die DDR scheint einen solchen Ansatz zu verfolgen. Ist die Bundesregierung auch dazu bereit?

Eine sicherheitspolitische Komponente in den deutsch-deutschen Beziehungen zu fordern, verlangt Antworten auf zwei Fragen: Welche sicherheitspolitischen Themen eignen sich besonders für eine deutsch-deutsche Befassung? Was sind die Prämissen (Prinzipien) für eine deutsch-deutsche Sicherheitspolitik? Die Prämissenfrage muß deshalb geklärt werden, damit nicht ein sicherheitspolitischer Voluntarismus Platz greift beziehungsweise Mißverständnisse bei unseren Nachbarn aufkommen. Was im einzelnen Gegenstand deutsch-deutscher Bemühungen sein kann, sollte nicht a priori festgestellt werden, sondern sollte sich aus den deutsch-deutschen Konsultationen ergeben. Ergebnisorientierte Gespräche sind dann erfolgreich, wenn beide deutsche Staaten drei Prinzipien beachten:

- Beide deutsche Staaten sprechen als loyale Partner ihrer jeweiligen Bündnisse miteinander.
- Für den Erfolg ist wichtig, daß Bundesrepublik und DDR direkt betroffen und beteiligt sind.

Und schließlich die dritte Erfolgsbedingung:

- Multilaterale Bündnisentscheidungen dürfen nicht bilateral „ausgehebelt“ werden.

Auf einer solchen Grundlage sind der Phantasie bei der Auswahl der Themen keine Grenzen gesetzt. Welche Themen eignen sich für gemeinsame beziehungsweise parallele deutsche Initiativen? Ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit und Ausschließlichkeit sollten beide deutsche Staaten sich vorrangig folgende Themen vornehmen:



- Weiterentwicklung der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sowohl im militärischen Bereich unter Berücksichtigung des gemeinsam erarbeiteten Stockholmer Dokuments der KVAE vom September 1986.
- Abbau der gegenseitigen Bedrohungs- und Feindbilder.
- Chemische Abrüstung unter Berücksichtigung des gemeinsamen Entwurfs von SED und SPD.
- Reduzierung der Militärhaushalte und das Weiterleiten eines Teils der freiwerdenden Mittel an die Entwicklungsländer (Abrüstung und Entwicklung).
- Konventionelle Abrüstung (Für ein neues Verhandlungsforum mit dem Geltungsbereich vom Atlantik bis zum Ural).
- Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa (Unter Berücksichtigung des Prinzipien-Entwurfs von SED und SPD).

Gerade die beiden letzten Punkte sind besonders wichtig und dringlich, insbesondere in ihrem inneren Zusammenhang.

Es sollte Kohl und Honecker nicht schwerfallen, sich noch einmal für eine Doppel-Null-Lösung ohne Wenn und Aber bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen auszusprechen.

Wichtig ist auch - und darauf hat heute morgen zu recht der Parteivorsitzende der SPD, Dr. Hans-Jochen Vogel, in einem Interview hingewiesen -, daß auch die beiden deutschen Staaten ihren Beitrag zur Verdeutlichung und Änderung der Militärstrategien (-doktrinen) von NATO und Warschauer Pakt leisten. Hier gibt es eine neue Situation insofern, als der Warschauer Pakt anlässlich seines jüngsten Treffens in Ost-Berlin am 29. Mai 1987 angeboten hat, nicht nur die Militärstrategien zu vergleichen, sondern auch unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob sie mit den Erfordernissen des nuklearen Zeitalters vereinbar sind.

Wenn man sich über eine neue deutsch-deutsche Ebene der sicherheitspolitischen deutsch-deutschen Zusammenarbeit verständigen kann (die Bundesregierung möchte die Ebene der Abrüstungsbeauftragten beibehalten, die DDR möchte eine höhere Ebene) sollte man einen Ansatz wählen, auf den sich Helmut Schmidt und Erich Honecker 1981 bei ihrem ersten Treffen am Werbellin-See verständigt haben, nämlich „Ihre Bemühungen um konkrete, positive Ergebnisse in den Gremien in denen diese Probleme (gemeint sind die Abrüstung und die Rüstungskontrolle, WB) behandelt werden, fortzusetzen und zu verstärken“.

Das bedeutet, daß Bundeskanzler Kohl und Staatsratsvorsitzender Honecker ihren Verhandlungsführern bei der KSZE in Wien, bei den Verhandlungen über ein neues Abrüstungsforum für konventionelle Waffen, bei MBFR in Wien wie bei der Genfer Abrüstungskonferenz operativ umsetzbare Anweisungen geben, damit die chemische und die konventionelle Abrüstung vorangebracht wird. Im deutschen Interesse!
(-/16.7.1987/rs/ks)

* * *



Der Auftrag der Sozialpolitik

Den gesellschaftlichen Reichtum nutzen, um den Schwächeren zu helfen

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Sozialpolitik im Wortsinn: Das ist Gesellschaftspolitik.

Und der sozialstaatliche Auftrag des Grundgesetzes: Das ist etwas ganz anderes, als der Auftrag, die Armenfürsorge des 19. Jahrhunderts gesetzlich zu regeln.

Es ist der Auftrag, die Lebens- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß die Leistungsfähigkeit der Unternehmen, von Wissenschaft und Technik und der Reichtum unserer Gesellschaft für möglichst viele Menschen wirksam wird.

Wir sehen den Auftrag der Sozialpolitik so:

1. Möglichst viele Menschen sollen aus eigener Kraft in der Lage sein, für „ihre Existenz“ zu sorgen. Und glücklicherweise kann das die Mehrheit auch.

Für „ihre Existenz“ sorgen, das heißt in unserer Gesellschaft vor allem, einen Arbeitsplatz haben. Für rund 87 Prozent ist es ein Arbeitsplatz in abhängiger Beschäftigung. Wenn der Arbeitsplatz die Grundlage der materiellen und sozialen Existenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien ist, dann kann der Arbeitsmarkt nicht den gleichen Regeln unterliegen, wie der Gebrauchtwagen- oder Finanzmarkt.

Ein entwickeltes Arbeitsrecht, vernünftige und zeitgerechte Arbeitnehmerrechte, starke und handlungsfähige Gewerkschaften sind für uns weder „beschäftigungshemmende Vorschriften“ (Blüm) noch „Felsbrocken, die dem Strukturwandel im Wege liegen“ (Cronenberg). Für uns ist das Recht auf die freie Verfügung über produktives Kapital nur dann zu rechtfertigen, wenn die Eigentümer der lebendigen Arbeit in einer ausreichend starken Position auf den Arbeitsmarkt treten können.

Dazu gehört, daß in unserem Wirtschaftssystem ein auf Dauer angelegter Arbeitsplatz der Normalfall sein muß.

Befristete Arbeit und Saisonarbeitsverhältnisse sind für uns nur in Ausnahmefällen zulässig. Wir sind für ein Arbeitsrecht, das zu einer vielfältigen und sich ständig ändernden Gesellschaft paßt - aber das darf keines sein, dem „alle Knochen gebrochen“ sind.

Es gibt eine ganze Reihe von Bereichen in der Arbeitswelt, in denen die Gesellschaft, die Politik neue Normen setzen muß!

Ich nenne exemplarisch zwei wichtige Bereiche:

1. Wenn mehr als die Hälfte aller Rentenzugänger nicht mehr die normale und auch nicht die flexible Altersgrenze ohne nachhaltige Schäden erreichen, dann besteht Handlungsbedarf.

Nicht indem man schon 50jährige Arbeitnehmer aussortiert, sondern indem man Bedingungen schafft, die es auch für einen 60jährigen noch erträglich machen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.



2. Zur Existenzgrundlage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehört ihre berufliche Qualifikation. Sie wird in den Unternehmen genutzt und eingesetzt.

Wenn ein immer schnellerer technischer und struktureller Wandel dazu führt, daß die einmal erworbene Erstqualifikation nicht mehr reicht, dann muß auch auf dem Arbeitsmarkt geregelt werden, wie Qualifikationen gesichert und erweitert werden können.

Das kann nicht allein die Aufgabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Wie bei der beruflichen Erstausbildung müssen die Unternehmen auch die fortlaufende berufliche Qualifikation mittragen.

Wer mit Arbeitnehmern nach dem „Ex-und-hopp-Verfahren“ umgeht - einstellen, Qualifikation nutzen, aussortieren -, der wird sehr schnell einen entscheidenden Vorteil unserer Wirtschaft verspielen: die gute durchschnittliche Qualifikation der Arbeitnehmerschaft. Und unmenschlich ist es noch dazu!

2. Wenn permanent die Aufwendungen im Sozialbereich steigen, dann ist das kein Zeichen für gute Sozialpolitik. Es zeigt vielmehr, daß zunehmend die Bedingungen in unserer Gesellschaft so sind, daß zum Beispiel durch unbekämpfte Arbeitslosigkeit immer mehr Menschen ihre Existenz nicht selbst sichern können, obwohl sie es wollen.

Die Aufwendungen im Sozialbereich werden wir nur in den Griff bekommen, wenn insgesamt die Prävention, die Vorbeugung, einen breiteren Raum einnimmt in unserer gesamten Sozialpolitik.

Vorbeugender Gesundheitsschutz, nicht zuletzt am Arbeitsplatz, wird ein zentraler Bereich unserer Gesundheitspolitik sein müssen.

Wobei der Gedanke der Vorbeugung sich auf eine ganze Reihe weiterer Felder der Sozialpolitik übertragen läßt. Vorbeugung darf jedoch nicht zur Gängelung der Bürgerinnen und Bürger ausarten.

3. Die Sozialdemokraten haben eine sehr konkrete Vorstellung davon, welche Funktion die großen sozialen Sicherungssysteme - also Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung - haben. Sie schaffen für sehr viele Menschen erst die Voraussetzungen, um frei und selbstbestimmt leben zu können. Nur wer ohne Angst vor materiellem Elend krank, alt oder arbeitslos werden kann, der kann frei leben.

Eine wirklich freie und demokratische Gesellschaft mit unabhängigen und selbstbewußten Bürgerinnen und Bürgern ist deshalb auf ein funktionierendes System sozialer Sicherung angewiesen.

Wenn über zehn Prozent der über 75jährigen Rentnerinnen auf Sozialhilfe angewiesen sind, dann ist etwas faul im System der Alterssicherung.

Mit uns gibt es keinen Schritt zur Aushöhlung und Schwächung der großen sozialen Sicherungssysteme. Ich glaube, man versteht uns, wenn jeder, auch wenn er jünger ist, sich einmal überlegt, was es für sein Lebensgefühl bedeuten würde, wenn er sich nicht mehr darauf verlassen kann, bei Alter oder Erwerbsunfähigkeit eine vernünftige Rente zu bekommen.

4. Zu einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der auf die Leistung seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist, gehört die Herstellung der Chancengleichheit zu den zentralen Aufgaben. Wenn es vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, ob ein junger Mensch eine möglichst gute Ausbildung bekommt, dann ist das Gesellschaftspolitik. Aber schlechte. Denn da wird Leistung verhindert, es ist ungerecht und zu nichts anderem da, als Privilegien zu verteidigen.



Wenn einerseits die begabte Tochter eines arbeitslosen Stahlarbeiters nicht mehr zur weiterführenden Schule kann, weil das Schüler-BAföG abgeschafft wurde und andererseits wie selbstverständlich der mühsam mit teuren Nachhilfestunden durchs Abitur geschleppte Sohn eines Bankdirektors studieren kann, dann ist das schlechte Gesellschaftspolitik.

Die Menschen sind nicht alle gleich - aber die Sozialpolitik hat die Aufgabe, für gleiche Chancen zu sorgen.

Wir leben in einem reichen Land, den meisten Menschen geht es gut - und das soll so bleiben.

Aber einen Sinn hat das nur, wenn wir diese Kraft und diesen Reichtum auch dazu nutzen, den Schwächeren in unserer Gesellschaft zu helfen.

Wer zum Beispiel die Rentenansprüche für Behinderte in Behindertenwerkstätten zusammenstreicht und kurz darauf Milliarden für Steuergeschenke an Spitzenverdiener rauswirft, der muß sich nicht wundern, wenn immer mehr Menschen an diesem Staat zweifeln oder sich resigniert ins Privatleben zurückziehen. Da wird Politik zum „schmutzigen Geschäft“.

Neue und alte Sozialpolitik Hand in Hand

Wer sich die Geschichte der Sozialpolitik betrachtet, dem wird klar, daß Sozialpolitik vor allem der Versuch war und ist, materielles Elend zu verhindern, materielle Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Daran wird sich auf absehbare Zeit auch nichts ändern.

Aber: In einer Gesellschaft, in der es den meisten Menschen materiell relativ gut geht - nicht zuletzt dank der „alten“ Sozialpolitik -, gibt es auch neue Anforderungen, die neue Antworten erfordern.

Unter anderem in Selbsthilfegruppen, in Elterninitiativen, in Kleiderstuben und in vielen anderen Erscheinungsformen wird individuelle Kraft und Initiative deutlich. Wollte man das in ein starres Regelwerk zwingen, würde vieles erstickt werden. Aber gemeinsam muß nach Möglichkeiten gesucht werden, mit den Mitteln der Sozialpolitik zu helfen und zu unterstützen.

(-/16.7.1987/rs/ks)

* * *

Berichtigung

In der Dokumentation des Beitrags von Hermann Langbein in unserer gestrigen Ausgabe hat sich ein Übermittlungsfehler eingeschlichen. In der dritten Zeile des dritten Absatzes muß es „soldatische Pflichterfüllung“ und nicht „solidarische Pflichterfüllung“ heißen.

